

Dresdner Volksblatt

Bilder zum Fememord
Seite 5

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp. **Organ für das Volk**
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Nr. 303

Dresden, Mittwoch, den 28. Dezember 1932

43. Jahrgang

SPD.-Fraktion fordert:

Klache über Heintich!

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag: Ermittlungsverfahren gegen die schuldigen Beamten

Wer sind die Anstifter?

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:
Der Nationalsozialist Heintich ist einem Fememord zum Opfer gefallen. In bestialischer Weise haben die nationalsozialistischen Mörder ihr Opfer angeschossen, den wahrscheinlich noch lebenden Kameraden in Sack gewickelt, mit Steinen belastet und dann in die eisigen Wassermassen der Zalsperre Matter geworfen.

1. diejenigen Beamten, die durch ihre unverständliche Haltung die Mörder begünstigt haben, zur Rechenschaft zu ziehen,
2. dafür zu sorgen, daß keiner dieser Beamten an dem weiteren Ermittlungsverfahren beteiligt wird,
3. die Mörder energisch zu verfolgen und
4. auch die intellektuellen Urheber, die in den Kreisen der Dresdner Partei- und Stützpunktführer der NSDAP zu suchen sein dürften, ohne Ansehen der Person zur Verantwortung zu ziehen.

Die Befürchtungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sind durch die entsetzliche Tat bei weitem übertroffen worden. Die grenzenlose „Harmlosigkeit“ der untertänigen Polizeibeamten wird durch den graufigen Fund in ein äußerst merkwürdiges Licht gerückt.

Die nächste Sitzung des Landtags findet am 19. Januar statt. Die sozialdemokratische Fraktion wird verlangen, daß der Antrag an diesem Tage sofort beraten wird, und vor allem fordern, daß die intellektuellen Urheber ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Das unerhörte Verhalten der in Frage kommenden Beamten hat nicht nur die Flucht der Mörder begünstigt, sondern auch die rechtzeitige Aufdeckung des gemeinen Kameradenmordes verhindert. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu ersuchen,

Eine Jahresbilanz

Von Dr. Julius Deutsch, Mitglied des Nationalrats, Wien

Es fing nicht gut an, das Jahr 1932. An seiner Wiege stand ein trübseliger Glendwintler mit Sorgen und Gram, mit Hunger und Not. In Deutschland gab es mehrere Millionen, im kleinen Oesterreich einige hunderttausende Arbeitslose. Das war alles aber denn ein guter Beginn.

Es ist kein zufälliges Zusammentreffen, daß just in den Tagen, da Bayerns Stern in Deutschland ausging, auch in Oesterreich der Versuch einer Rechtsregierung gemacht wurde. Der Bundeskanzler Dollfuß hatte den festen Willen, den Spuren seines reichsdeutschen Vorbildes zu folgen. Er verbündete sich mit den faschistischen Heimwehren und begann so zu tun, als ob er stark genug wäre, auch ohne Parlament zu regieren — ganz wie Bayern in Deutschland. Freilich, der äußere Verlauf der Ereignisse war in den beiden deutschen Staaten verschieden. Die Junterregierung des Deutschen Reiches brauchte nicht viel Federlesens zu machen; sie löste den Reichstag auf und richtete sich auf ein absolutistisches Regieren ein.

So einfach ging das nun in Oesterreich nicht, denn hier stand der Reaktion eine einige geschlossene Arbeiterklasse gegenüber, mit dem nicht gut Dirichthessenen war. Also mußte sich Dollfuß bequemen, dem Parlament Rede und Antwort zu geben. Er ist dabei nicht gut weggekommen. Wohl selten hat es einen Regierungschef in Oesterreich gegeben, der die öffentliche Meinung so einmütig gegen sich hatte, wie der kleine Kanzler der Reaktion. Immerhin reichte seine jeweils aufmunternde Mehrheit von ein oder zwei Parlamentsstimmen aus, um dem Rechtskurs eine formale Deckung zu geben. Auf sie gestützt, sammelte die österreichische Regierung in das Abenteuer von Lausanne.

Ohne eine wirkliche innere Notwendigkeit wurde mit dem Lausanner Vertrag dem Anschließenden der schwerste Schlag verleitet. Das bisher keine Regierung gewagt hatte, unternahm die des Rechtskurfes: sie verkaufte den Anschlag Oesterreichs an Deutschland um ein Vinsengericht. Auch in früheren Jahren war es der Donarepublik finanziell nicht gut gegangen, und jede Regierung hatte Mühe genug gehabt, den Staatshaushalt halbwegs im Gleichgewicht zu halten. Aber man wand sich durch den Jammer der Zeiten, so gut es eben ging, und hielt trotz aller Not den Glauben an eine schließliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten aufrecht. Einer Rechtsregierung war es vorbehalten geblieben, um ein paar Duzend lumpiger Millionen willen, den Anschlag preiszugeben und auf die nationale Selbstbestimmung zu verzichten. Wobei nicht vergessen werden soll, daß ohne die ausdrückliche Zustimmung der Junterregierung Deutschlands dieser Verrat der öster-

Schleicher-Preußen

Deutschnationale Parteibuchwirtschaft - Provokation auf Provokation

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Schulbuch in Preußen ist die konsequente Fortsetzung des reaktionären Anschlags vom 20. Juli. Als General v. Schleicher an der Schwelle des Reichsfanzleramts stand, versicherte er, daß er den 20. Juli ebenso bedauere wie die Art und Weise, in der Otto Braun und Karl Severing behandelt worden seien. Dieser deutschen Distanzierung in Worten vom Bayern-Kurs in Preußen stand schon damals die Tatsache gegenüber, daß der 20. Juli unter offener Mitwirkung der Reichswehr erfolgt ist und daß die Reichswehr benutzt worden ist, um eine Politik der Durchschneidung der preussischen Verwaltung mit Monarchisten und Hochreaktionären, mit deutschnationalen Parteibuchbeamten und Kameraden durchzuführen. Seitdem nun Herr v. Schleicher Reichsfanzler ist, hat sich in Preußen nicht das geringste geändert. Ganz im Gegenteil: Die reaktionäre Bayern-Politik, die Politik der Provokation der Republikaner wird unentwegt fortgesetzt. Wo noch Lücken geblieben sind in der deutschnationalen Parteibuchbeamten-Politik, werden sie jetzt geschlossen!

Schübes von Ruhe und Ordnung gesprochen. Eine zweite Welle des Beamtensturms ging unter dem Schlagwort der „Verwaltungsreform“, eine dritte unter dem Vorwand der „Sparmaßnahmen“. Um wahre Verwaltungsreform und Sparmaßnahmen hat es sich dabei so wenig gehandelt, daß inzwischen die meisten Stellen der von ihren Kentern entfernten republikanischen Beamten wieder besetzt worden sind! Unter diesen nichtigen Vorwänden ist der Prozenttag des Adels bei den höheren Beamten in Preußen wieder so gesteigert worden, daß er fast an den Prozenttag heranreicht, der in den wildesten und reaktionärsten Zeiten des wilhelminischen Regimes bestand. Das Wörtchen von, das deutschnationale Parteibuch und die Zugehörigkeit zu feudalen Korps sind heute die Qualifikation für eine höhere Beamtenstellung in der preussischen Verwaltung.

Seit dem 20. Juli regiert deutschnationale Parteibuchpolitik die Stunde! Die gesamte preussische Verwaltung und die Personalpolitik sind einer kleinen, aber hochreaktionären Partei ausgeliefert, die feinerlei Rückhalt im Volke hat und allgemein verhaßt ist als der Dorn der freisten, dümmsten und provokatorischsten Reaktion.

Die Reaktion provoziert weiter und sichert damit die Gründlichkeit der künftigen Abrechnung schon heute!

Die 75 Maßregelungen

Die neue Maßregelung von 75 Beamten der preussischen Schulverwaltung hat keinen anderen Sinn, als den am 20. Juli begonnenen Nachfeldzug gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen.

Wie es die deutschnationalen Maßhaber machen, zeigt folgendes Beispiel: Der Kommissar im Volkshilfungsministerium, Kähler, einst deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtages, heute noch Mitglied der Deutschnationalen Partei, ordnete durch einen Erlaß an das Provinzialschulkollegium Berlin die Versetzung des deutschnationalen Landlehrers Richhöffel aus Pommern nach Berlin an. Dieser Richhöffel, gegenwärtig deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtages, hat sich jahrelang dem Schuldienst entzogen und dafür eine besonders honorierte Tätigkeit in der Wiener Wirtschaft ausgeübt. Wahrscheinlich haben ihn seine Kenntnisse der Wiener Wirtschaft und sein Talent zum Doppelverdiener die besondere Hochachtung der Deutschnationalen Partei eingebracht. Jedenfalls benötigt sie ihn in Berlin. Die Berliner Lehrerschaft äußert sich darüber in ihrer Nummer 51 wie folgt:

Am 20. Juli haben Bayern und seine Freunde ihren Streich in Preußen vollführt unter dem Vorwand, daß „Ruhe und Ordnung gestört“ seien. Es war der skatanteste Mißbrauch der Verfassungsbestimmungen, der sich denken läßt. Sie haben sofort den Belagerungszustand verhängt, um unter seinem Schutze erprobte republikanische Beamte von hoher Qualifikation aus den Kentern zu entfernen und deutschnationale Parteibuchbeamten an ihre Stelle zu setzen. Von Ruhe und Ordnung war so wenig weiter die Rede, daß nach dem Vorgehen in Preußen der ungeheure Anschlag der Terrorwelle und nach ihm die Verordnung über die Sondergerichte erfolgten! Wie sehr durch den 20. Juli Ruhe und Ordnung gefördert worden sind, das haben Bayern und seine Freunde selbst erfahren, als sie nach der letzten Reichstagswahl durch einen Sturm der Entrüstung und Empörung aus dem Amte verjagt wurden.

„Richhöffel wird in Berlin für die Deutschnationalen Partei gebraucht, und da er sich wahrscheinlich noch nicht pensionieren lassen will, sollen die Berliner Schulen, in denen für solche Fälle anscheinend immer Platz ist, abgibt Junglehrer über Junglehrer abgebaut werden, ihm eine Stelle als Lehrer ober Rektor freimachen. Das soll sich Berlin Mühseligkeiten gefallen lassen!“

Empörend ist nicht nur die Tatsache der Auslieferung der preussischen Verwaltung an die Reaktion schlechthin, empörend ist noch viel stärker die Unehrlichkeit der Klatschreden, die die Parteibuchbeamtenpolitik nur notwendig verdecken. Erst hat man von der Notwendigkeit des



Slinks: Schulrat König, langjähriger Leiter der Berliner Schulverwaltung, Präsident des Provinzialschulkollegiums und früherer Reichstagsabgeordneter sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, wird vom Schlichter-Regiment gemahregelt. Rechts: Hildegard Hopfmann, bekannte und berühmte Berliner Schulpädagogin und sozialdemokratische Abgeordnete, wird mit 11 weiteren höheren Beamten des Berliner Provinzialschulkollegiums vom Schleicher-Regiment gemahregelt.

reichlichen Reaktionen niemals ausführbar gewesen wäre. Die Papen und Dollfuß waren einander würdig...

Nach zwei Wahlschlägen von wahrhaft historischer Bedeutung mußte die Regierung Papen weichen. Ihre Nachfolgerin ist kleinbar von gleicher Art und gleicher Gesinnung. Aber die politische Situation in Deutschland hat sich dennoch geändert. Diese Veränderung kam weniger von der Regierungseite her, als von der Seite der Nationalsozialisten.

Erinnern wir uns noch einmal der ersten Monate dieses Jahres! Wie war doch das Gehaben der nationalsozialistischen Führer auf die unmittelbare Macht-ergreifung eingestellt! Wie drohten die hohlen Phrasen Hitlers durch die deutschen Gasse, von Millionen einer Offenbarung gleichgehalten!

Und heute? Hitler muß froh sein, wenn es ihm gerade noch zur Not gelingt, den äußeren Anschein eines Führers zu bewahren. Seine Unterführer rebellieren, die SA und SS sind unzuverlässig. Eine schändliche Pleite auf der ganzen Linie ist im Anzuge. Selten hat eine politische Bewegung einen derart tödlichen Aufschwung genommen wie der Nationalsozialismus, aber ebenso selten hat eine Massenpartei so rasch abgewirtschaftet wie die Partei Hitlers.

Und wieder zeigt sich die Schicksalsgemeinschaft Osterrreichs mit Deutschland, die bestehen blieb trotz Lausanne und anderen künstlich gezogenen

Schranken. Der Niedergang der Sittlichkeit im Deutschen Reich blieb nicht ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in der Donaurepublik. Hier war ja in den letzten Monaten eine ziemlich eigenartige Dependence des Sittlichen Betriebes entstanden. Wenn nämlich irgendein nationalsozialistischer Führer wegen eines dunklen Punktes aus Deutschland abgeschoben werden mußte, konnte man mit Sicherheit damit rechnen, ihn nächsten in Oesterreich aufzufinden zu sehen — obwohl es wahrlich bei uns schon genug zweifelhafte Existenzen unter den einheimischen Hakenkreuzlern gab. So ziemlich der zweifelhafteste unter ihnen war der oberste österreichische Führer, der Gauwart Frauenfeld, ein unbedeutender, eitler Schwäber, dem man einen beschämenden literarischen Diebstahl öffentlich nachweisen konnte, der noch vor wenigen Jahren mit Juden vertrauten Umgang pflegte, was ihn aber nicht im mindesten hinderte, jetzt einen ganz wütenden Rassenantisemiten zu mimieren.

Die moralische und intellektuelle Unzulänglichkeit der nationalsozialistischen Führer hat nicht gehindert, daß sie in einige parlamentarische Körperschaften einbrangen. Das geschah nicht auf Kosten der Sozialdemokraten, sondern auf Kosten der bürgerlichen Parteien, die durch die Nationalsozialisten abgelöst wurden. Die Tätigkeit der Nationalsozialisten in den öffentlichen Vertretungskörperschaften, z. B. im Wiener Gemeinderat, war wahrhaft blamabel. Ihre Unwissenheit, gepaart mit dummdreister Unverschämtheit, mochte sie von vornherein zu jedem Beruch

einer ernsthaften Arbeit unfähig. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß hinter der Hakenkreuzerei nicht steckt als die dumme Aufgeblähenheit des ewigen Parlamentarischen Tätigkeits hierzu reichlich genügt. Werden die Wähler der Nationalsozialisten dies erkennen? Wir glauben zum Teil wenigstens, ja.

Dieser ganze tolle Spul wird in Oesterreich bald ebenfalls kraftlos sein wie in Deutschland. Es geht trotz allem hinter uns bergab mit der Hakenkreuzerei. Man sieht, daß sie aus den Reihen der bestehenden bürgerlichen Parteien rat sind sie bisher noch gar nicht vertreten, aber das ist ziemlich belanglos. Es bedeutet nicht viel mehr als eine Namensänderung innerhalb der politischen Bewegung des Völkertums. Der Nationalsozialismus als siegreich vorwärtstürmende schicksalliche Massenbewegung hat sich vom Beginn bis zum Ende des Jahres 1932 so gut wie erledigt. Das ist die große Bedeutung des vergangenen Jahres! Es wird in Deutschland wie in Oesterreich in die Geschichte eingehen als das Jahr, das mit dem wilden, tobenden Schicksalssturm: „Der Marxismus verreckt“ begonnen und mit dem jammervollen kläglichlichen Abgesang der nationalsozialistischen Schmarlatonerie geendet hat.

Abgeordnete unter Kuratel

Das Neueste vom „Dritten Reich“

Der Ober-Nof der braunen Rechtsbrüder liebt es, nach Cäsarenart „Verfügungen“ und „Befehle“ herauszugeben. So hat er neulich für den Bereich seiner händeküßenden Befolgenschaft nach Gregor Strahers „Verfassung“ — eine neue Verfassung verordnet, deren Spitze eine Politische Zentralkommission der NSDAP bildet.

Eine solche Kommission, die ihre Büros und ihre Angestellten hat, muß natürlich auch etwas tun für ihr Geld. Deshalb hat sie jetzt — kraft höheren Auftrags — den volkserwählten Nazideputierten eine Weisungsgebote beschickt.

Sämtliche Abgeordnete der NSDAP, in den Länderparlamenten und Kommunen werden durch einfache Verfügung unter Kuratel gestellt!

Alle diese Vertreter der alleinseligmachenden Lehre werden „verpflichtet“, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung vor der Einreichung sowie die beabsichtigte Stellungnahme zu Anträgen grundsätzlicher Art anderer Parteien der Reichsleitung vorzulegen. Wehe, wenn sie es wagen sollten, in „grundsätzlichen“ Fragen eine eigene Meinung auf Grund ihrer besonderen Volkserkenntnisse zu äußern! Das jüngste Gericht des Dritten Reiches wäre ihnen sicher.

Aber nicht nur den Abgeordneten geht es so. Auch die übrigen „Dienststellen“ werden an die Standare genommen.

Die Redakteure der Naziblätter

müssen gleichfalls erst in München anfragen, wenn sie „Berichtbarungen grundsätzlichen Charakters“ veröffentlichen wollen.

Erklärungen an die Auslandspresse dürfen nur vom „Führer“ selbst oder mit seiner höchstbrigadeleitenden Genehmigung gegeben werden. Interviews müssen schriftlich niedergelegt und offiziell approbiert sein.

Schließlich aber — und das ist nach dem Streik bei der DVB von besonderem Interesse — wird die

Teilnahme an Streiks unter Kontrolle

gestellt. Anträge zur Genehmigung der Teilnahme an Streiks oder Aussperrungen sind der „Zentralkommission“ zu unterbreiten. „Alle anlässlich von Streiks oder Aussperrungen beabsichtigten Veröffentlichungen sind dreifach auszufertigen. Das Nichterheben von Einspruch bedeutet weder die Liebernahme der rechtlichen Verantwortung noch der Verantwortung für den sachlichen Inhalt durch den Vorsitzenden des NSD.“

Die „Bewegung“ zur angeblichen Befreiung Deutsch-

lands wird immer deutlicher zu einer geistigen Verflachung, wie sie selbst das früheste Mittelalter kaum kannte.

Der Nazioberführer im Justizhaus! Die Strafkammer in Sonderhausen verurteilte den Justizobersekretär Rudolf Wolfram wegen Amtsunterschlagung und Falschung von Testamenturkunden in 14 Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre. Wolfram war der würdigste und eifrigste Naziführer. Er machte Ernst mit der „Reinigung Deutschlands vom marxistischen Verbrechen“ und richtete die „saubere Verwaltung“ schon jetzt ein. Er behauerte nur, daß die „korrupte Justiz“ noch nicht völlig in Nazihänden ist, denn im Dritten Reich würde er seine Verurteilung nicht dulden, sondern fordern, daß er belohnt würde...

Verteuerung der Margarine

Die Butterbeimischung kommt

Berlin, 28. Dezember. (Fig. Funkdruck)

Aus übereinstimmenden Meldungen der Schleier-Presse muß man neuerdings den Schluß ziehen, daß die Verössentlichung der Butter-Margarine-Verordnung unmittelbar bevorsteht.

Die Proteste der gesamten Verbraucherenschaft und der Gewerkschaften haben nichts genutzt. Es hat bei der Reichsregierung auch keinen Einbruch gemacht, daß selbst weite Kreise der Bauernschaft — Bauernvereine des Südens und des Westens und der Volkseigenenenschaften — deutlich haben erkennen lassen, daß sie sich von einem Butterbeimischungszwang für Margarine für die Verbesserung der Butterpreise nicht verprechen. Aber die Großhändler und die Devisenaktionäre besäßen auf ihrem Schen. Der Reichskanzler von Schleicher hat zu diesem höllischen Anflug, durch den man glaubt, die Deutschnationalen an der Stange halten zu können, seine Zustimmung gegeben, und so wird der Unfug verordnet.

Der Butterbeimischungszwang wird durch eine Ermächtigung des Reichspräsidenten an den Reichsernährungsminister verordnet, nach der die Butterbeimischung angeordnet werden kann. Die Festsetzung der beizumischenden Mengen und der zur Beimischung bestimmten Margarinequalitäten wird voraussichtlich durch besondere Durchführungsbestimmungen geregelt werden.

Schmalz wird verteuert!

Kontingente für Schmalz und Papierholz

Im Reichsanzeiger, dem Verordnungsblatt der Regierung, steht der Reichsamtverwaltungsminister das Wort der Lebensmittelpolitik. In diesem Blatt, das kaum einer von den Betroffenen kennt, hat die Regierung jetzt die Einzelheiten über die Schmalz- und Papierholzkontingente veröffentlicht. Die Maßnahmen hängen mit dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag zusammen, der am 15. Februar abläuft. Man nimmt allgemein an, daß die deutsche Regierung bis zu diesem Termin höhere Einfuhrzölle für Schmalz und Papierholz erzwinge. Angeblich, um zu verhindern, daß der deutsche Handel sogenannte Vorbelegungen vornimmt, wird nun mit nichts als eine Kontingentierung verfügt. So wird für die Einfuhr von Schmalz bestimmt, daß für die Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Februar 1933 nur ein Fünftel der Mengen eingeführt werden darf, die im ersten Halbjahr 1932 eingeführt worden sind. Kein zahlenmäßig betrachtet, ist der Kontingentierung der tatsächliche Import von Schmalz zugrunde gelegt. Beim näheren Zusehen ergibt sich aber etwas anderes. Mit sinkendem Einkommen und infolge der fortwährenden Lohnabbaus hat sich in den letzten Jahren der Verbrauch an ausländischem Schmalz in Deutschland stark gesteigert. Dieser Steigerung wird keine Rechnung getragen. In Wirklichkeit wird auf Grund der neuen Kontingentierung viel

weniger Schmalz eingeführt werden, als das unter normalen Verhältnissen der Fall sein würde. Es muß also eine Verknappung an ausländischem Schmalz eintreten, das rund um die Hälfte billiger ist als das inländische Schmalz. So will man den Konsum auf das inländische Produkt und auf die teure Butter abdrängen. Die Dinge liegen aber so, daß viele Schweden des deutschen Volkes nur mit Mühe und Not das billige ausländische Schmalz kaufen können. Entzieht man ihnen das billige Schmalz, dann kann eben überhaupt kein Schmalz mehr gekauft werden.

Hollsteigerungen werden mit dem Ablauf des deutsch-holländischen Vertrages in Kraft treten. In Frage kommen hier u. a. die Hölle für Kollarten, Tomaten, Kartoffeln und Äpfeln. Die Hollsteigerungen sind ganz erheblich, z. B. steigt sich der Zoll für die Kartoffeleinfuhr um das Zwanzigfache.

Entlasteter Kommunist. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schehr, der kürzlich in Berlin wegen Verrats militärischer Geheimnisse festgenommen worden war, ist jetzt aus der Haft entlassen worden. Die Entlassung erfolgte, weil auch die Schehr zur Last gelegte Straftat unter die vom Reichstag beschlossene Amnestie fällt.

Der Umtausch beginnt



„Unsere Gesinnung gefällt Ihnen nicht? — Sehen Sie sofort auf unser Umtauschplakat. Sie finden das sicher eine possendere.“

Neues Femeverbrechen der SA.

Bombenanschlag gegen einen Abtrünnigen

D. Landberg a. d. Warthe, 28. Dezember. (Fig. Funk.) In der Nacht zum Dienstag wurde in Sieg (Kreis Landberg) auf das Haus eines früheren Nationalsozialisten ein Bombenanschlag verübt, dem der Besitzer nur durch ein Wunder entgangen ist. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei. Der betreffende Nationalsozialist hatte seiner Partei kürzlich den Rücken gekehrt und sich einer anderen rechtsstehenden Partei zugewandt. Seit dieser Zeit erhielt er fortgesetzt Drohbriefe von Nationalsozialisten, in denen ihm „Vergeltungsmaßnahmen“ angekündigt wurden. Die Bombe, die in der Nacht zum Dienstag gegen sein Haus geschleudert wurde, zerstörte die großen Fenster des Schlafzimmers und auch einen Teil des Dachgeschosses. Nur die Tatsache, daß der Hausbesitzer während der Wintermonate in einem Redenzium des Schlafzimmers schlief, rettete ihn vor dem Tode.

SA in Auflösung

E. Halle, 28. Dezember. (Fig. Funk.) In Mitteldeutschland ist die nationalsozialistische SA, bisher das fester Fundament der Nazibewegung, im Augenblick völlig gelähmt und allmählich in Auflösung. Der Konflikt zwischen Hitler und Strasser wirkt sich auch hier bemerkbar aus, daß große Teile der SA der NSDAP, von

Städten ziehen. Ein Teil der SA in den Städten und größeren Dörfern hat in den letzten Tagen wiederholt den Dienst verweigert.

Der Sturm 81 (Weichenfels a. d. Saale) hatte vor vier Wochen noch eine listennmäßige Stärke von 270 Mann. Jetzt hat die Leistung 70 Mann freizugehen müssen, da sie nicht mehr zum Dienst erschienen. In Halle kam es zwischen SA- und SS-Leuten während der Anwesenheit Hitlers zu einer schweren Prügelei. Auch die Gefolgshäufen 18 und 14 (Halle und Saalekreis) haben starken Abgang an Mitgliedern zu verzeichnen. In Halle lehnt sich die SA, offen gegen die Unterstützung des bisherigen Führers auf. Den sinnstehenden Vätern wird von SA- und SS-Leuten und von höheren Funktionären der Nationalsozialistischen Partei fortgesetzt reichhaltiges Material über die zunehmende Zerfahrenheit der Nazibewegung angeboten. Das Material hat sich bisher immer als zuverlässig erwiesen.

SA-Führer erschlagen Juden! Der jüdisch-nationalistische Wehrverband „Wehr-Truppeneber“ hat eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere als Instrukteure eingestellt. Unter ihnen befinden sich, nach den Mitteilungen des Berliner Politischen Kreises, Offiziere, die bisher der SA als Unterführer angehört haben. Der „Wehr-Truppeneber“ ist ein in Palästina bestehender jüdisch-nationalistischer Wehrverband, der die jüdische Jugend Palästinas gegen die Araber „erschlagen“ hat. In Deutschland haben die jetzt im „Truppeneber“ inaktivierenden SA-Offiziere ihre Nazijünglinge gegen die Juden gedrillt. Deutschland erwache — Juba verreckt! Jetzt lehren dieselben SA-Leute in Jerusalem den „Schlachtraf“ „Juba erwache!“

Der Fall Brolat

D. Berlin, 27. Dezember. (Fig. Bericht.)
Der frühere Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Fritz Brolat, wurde am Dienstag nach einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen fluchtverdächtig verhaftet. Brolat war wegen eines gegen ihn eingeleiteten Meineidverfahrens vernommen worden.

Brolat ist das Opfer einer parteipolitischen Dece, an der die kommunistische Presse den gleichen Anteil hat wie die der Nazis und der Deutschnationalen. Der Fall Brolat war von den Feinden der Republik und der Sozialdemokratie ein begehrter Anlass zu einem politischen Aesthetischen ersten Ranges. Wahlos wurden Beamte und Angestellte verdächtigt und verurteilt; zu ihnen gehörte auch der frühere Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Brolat. Ermittlungs- und Disziplinärverfahren sind teils auf eigenen Wunsch, gegen ihn eingeleitet und durchgeführt worden. Ergebnis: Null! Die Verfahren mühten sich vergeblich. Aber die Dece ging weiter und erklomm während des Scharrel-Prozesses ihren Gipfel. In diesem Prozess ist Brolat als Zeuge vernommen worden. Gegen Staatsanwälte, Anwälte und Verteidiger hatte sich Brolat zu wehren und zu behaupten. In der Vernehmung soll er nun in einer Rede eine fälschliche Aussage gemacht haben. Die Folge war ein Verfahren wegen Verdachts des Meineides. Brolat bestreitet jede Schuld und behauptet, der Vernehmungsbemante müsse eine Frage fälschlich protokolliert haben. Am Dienstag wurde Brolat Stundenlang vom Untersuchungsrichter vernommen. Im Anschluß daran wurde er verhaftet — wegen fluchtverdächtig. Seit vielen Monaten schwebt dieses Verfahren. Seit dieser Zeit hätte Brolat tun können. Selbst wenn er verurteilt würde, käme nur Verurteilung wegen fälschlicher Aussage.

Einstweilen ist das Bild zur Strecke gebracht und jene Presse, die den Staatsanwalt nicht genug beschimpfen kann, wenn er es wagt, die Hand auf politische Körper zu legen, diesmal jubelt dieselbe Presse dem gleichen Staatsanwalt freudig zu. Am in Arm feiern Nazis und Nazis mit Eugenberg Feudenfeier.

Der Vorwärts schreibt zu der Verhaftung Brolats: „Bei den angeblich falschen Aussagen Brolats kann es sich, wie wir erfahren, höchstens um einen fahrlässigen fälschlich handeln, der mit Gefängnisstrafe bedroht ist. Wie die Staatsanwaltschaft aus Unstimmigkeiten, die sich in jeder Zeugenaussage ergeben, einen Meineid konstruieren will, ist unerfindlich. Der letzte aufsehenerregende Fall von fahrlässigem fälschlich aber, der ins Politische hineinspielte, war der Fall des Weimarer Oberstaatsanwalts Dr. Frieders, der auf Grund eines politischen Prozesses durch ein eklatantes Fehlurteil vernichtet wurde. Damals ist das Verdict des „fahrlässigen fälschlich“ ganz offensichtlich als politische Waffe zur Vernichtung eines Unbequemeren benutzt worden.“

Die Vossische Zeitung muß bei aller Abneigung gegen Brolat doch zugeben, daß der Meineid, der Brolat vorgeworfen wird, keineswegs aus persönlichem Egoismus geleistet worden sei. Falls Brolat überhaupt die Unwahrheit gesagt habe, so habe er dies getan, um andere, die er an den Verfehlungen der Scharrel für unbeteiligt gehalten habe, zu schützen. Habe er sich strafbar gemacht, so habe er die Schuld anderer auf sich genommen.

Die Angst vor dem Einheitspreis

Keine neuen Einheitspreisgeschäfte vor dem April 1934

Die Reichsregierung hat noch am Heiligen Abend Gelegenheiten genommen, eine sehr umfrittene Maßnahme durchzuführen. Am Anstuf an die Notverordnung vom März 1932 wird das Verbot, Einheitspreisgeschäfte zu errichten, auf alle Städte ausgedehnt. Die Einheitspreisgeschäftssperre, die bisher nur für Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern bestand, ist damit allgemein geworden.

Mit dem Erlaß dieser Sperre trägt die Reichsregierung allen Wünschen der mittelhändlerischen und nationalsozialistischen Organisationen Rechnung. Ob aber damit die Lage des Mittelstands besser wird, das ist eine andere Frage. Wenn es dem Mittelstand heute nicht gut geht, dann ist das auf die mangelnde Kaufkraft und die niedrigen Löhne in den breiten Schichten der Arbeiterschaft, der Beamten und der Angestellten zurückzuführen. Daran können Sperren und Verbote für Großhandelsbetriebe nichts ändern. Wenn man den Artikel 48 der Verfassung mißbraucht, um solche Sperren und Verbote durchzuführen, dann vertritt eine Regierung, die sich auf solchem Mißbrauch beruht, auf schlechteste ihre Autorität.

Im übrigen hat sich gerade in diesem Jahr gezeigt, daß die Räume der Einheitspreisgeschäfte nicht in den Himmel wachsen. Die Einheitspreisgeschäfte haben in diesem Jahr viele Dinge sehr billig ab. Aber sie gaben auch großen Schuld ab. Wo die Einheitspreisgeschäfte billige und gute Artikel offerierten, hat das Publikum gekauft. Die billigen und guten Artikel sind den Einheitspreisgeschäften von den Fabrikanten aber nicht gekennt worden. Der Grund, weshalb die Einheitspreisgeschäfte billiger anbieten konnten, liegt ohne Zweifel beim vorteilhaften Einkauf, sehr oft beim Großverkauf. Dem Kleinändler ist es aber nicht verboten, ebenso günstig einzukaufen, wie die großen Betriebe. Es bestehen heute bereits für den Kleinändler sehr viele Einkaufsmöglichkeiten. Wo das nicht der Fall ist, können mühebelos solche Einkaufsgenossenschaften gebildet werden. Die Erhaltung jeder dieser Einkaufsgenossenschaften ist durch die Einheitspreisgeschäfte im Einkauf zu konkurrieren. Da liegt ein Weg vor vielen, die beschränkt werden müssen, um die Lage des Kleinhandels zu bessern. Wenn der Kleinändler aber glaubt, sich mit nur auf die Regierung verlassen zu müssen, wenn er es mit überhöhten Preisen machen will, dann darf er sich nicht wundern, wenn sein Umsatz nachläßt und die Kunden, trotz Eingriff in die Gewerbefreiheit, überhaupt nicht mehr kommen.

Man darf auch nicht übersehen, daß sich die Einheitspreisgeschäftssperre gegen einen großen Teil des Mittelstands selbst richtet. Es ist bekannt, daß die wichtigsten Lieferanten der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte kleinere und kleine Industriebetriebe sind. Diesen gewerblichen und industriellen Mittelstand trifft das Verbot der Einheitspreisgeschäfte, das zunächst bis zum 1. April 1934 befristet ist, ebenso hart wie Angestellte, Arbeiter usw., die in den Einheitspreisgeschäften Arbeit und Brot zu finden hofften. Gerade die Eingrenzung des Arbeitsmarktes charakterisiert den unförmigen Charakter der Einheitspreisgeschäftssperre.

Wir haben es hier mit einer Mittelstandsretterei liebster Art zu tun. Auf ihren Tagungen können unsere Unternehmer nicht laut genug darüber schreien, daß der Staat zurecht in die Wirtschaft eingreift, sie sind aber gern bereit, sich Staatsingriffe gefallen zu lassen, wenn sie glauben, daß ihnen diese Eingriffe nutzen. Das Vorgehen gegen die Einheitspreisgeschäfte ist um so gefährlicher, als man mit dergleichen Eingriffen, die man jetzt für das Verbot der Errichtung neuer Einheitspreisgeschäfte anführt, morgen auch gegen Konsumvereine oder Warenhäuser vorgehen kann. Die Ladenbesitzer haben um so weniger das Recht, vom Staat zu verlangen, daß er sie gegen die Konkurrenz der Großbetriebe schützt, weil sie selbst durch ihre Einkaufsgenossenschaften Handelsbetriebe errichten lassen, die selbständige Händler ausschalten, obgleich dadurch auch Mittelstandsbetrieben gefährdet oder gar vernichtet werden.

Sozialdemokratischer Pfarrer gemahnt. Aus Weimar wird und gemeldet: Der im hainischen Neuenfeld amtierende protestantische Pfarrer Dr. Wolf ist Weihnachten strafversetzt worden. Außerdem hat die Kirchenbehörde den mit ihm bestehenden Kirchenvertrag gelöst. Dr. Wolf muß in fünf Monaten seine kirchliche Tätigkeit aufgeben. Entlassungsgrund: Dr. Wolf ist Sozialdemokrat. Er hat in zahlreichen Versammlungen für die Sozialdemokratische Partei geworben. Die Entlassungsurkunde wurde ihm von einem Oberpfarrer überreicht, der als Stamngast der Nazis davor versammelte bekannt ist.

Das Elend in U.S.A.

U. New York, 26. Dezember. (Fig. Drahtbericht.)

Wie vernichtend die Krise in den Kreisen des amerikanischen Mittelstandes und der westlichen Bevölkerung gehauft hat, wird aus einer Zusammenfassung über den Stand der amerikanischen Sparbanken ersichtlich. Danach ist die Zahl der Sparbanken in den letzten vier Jahren um 8.800.000 zurückgegangen, die Sparguthaben um über 4 Milliarden Dollar, wovon allein 8,9 Milliarden Dollar auf die Jahre 1931/32 entfallen. Die Gesamthöhe der Guthaben am 1. Juli 1932 war um rund eine halbe Milliarde Dollar geringer als im Jahre 1928, was mit anderen Worten besagt, daß alle Ersparnisse der Jahre 1928 bis 1929, der größten jemals in Amerika verzeichneten Prosperitätsperiode, von der Wirtschaftskrise verschlungen worden sind.

Während noch im Jahre 1929 die Sparguthaben durch die Zurückziehung zahlreicher Gelder aus den Spekulationsmärkten einen Aufschwung zu verzeichnen hatten, setzte im Jahre 1931 mit dem langsamen Verbrauch der Ersparnisse ein Erdrutsch ein, der sich im letzten Jahre zu einer verheerenden Lawine gestaltete. Die Zustände im Sparkassenwesen und die stetige Verminderung der Ersparnisse des amerikanischen Volkes sind bezeichnend, wie auch hierzulande die wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine Lösung der sozialen Frage hindringen.

Im dem Monatsbericht des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wird erklärt, mehrere günstige Anzeichen der Krise erreicht sei. Der Wiederaufstieg hänge jedoch von der Vereinigung der Schuldenfrage und der Vereinigung der übrigen politischen Weltwirtschaftsprobleme ab. Der Gewerkschaftsbund fordert die beschleunigte Erneuerung von internationalen Konferenzen zur Klärung dieser Fragen.

„Nur sechs Hundmorde“. Die amerikanischen Organisationen zur Bekämpfung des Lynchens weisen mit Genugtuung auf die Tatsache, daß im Berichtsjahr 1932 nur sechs Lynchmorde in U.S.A. zu verzeichnen waren. Davon entfielen vier auf den Süden des Landes. Diese Zahl stellt einen Rekord dar, in dem rund 4780 Menschenleben dem Lynchmord zum Opfer fielen. Allein die Durchschnittszahl der Lynchopfer in den letzten vierzig Jahren war 100. Die Hoffnung auf ein Lynchlozes Amerika scheint nicht ungerechtfertigt.

Wilhelm forderte drei Nachwächter. Aus Doorn wird gemeldet: Der Erlasser hat nach dem Ausbruchfall der vorvergangenen Woche verstärkten Polizeidienst erbaten. Statt eines Wachters im fälschlich drei Wachter nachts im Park von Doorn mit Polizeihunden Dienst.

Berliner Produktenbörse vom 27. Dezember

24. 12. 27. 12.		24. 12. 27. 12.	
(ab märkische Station in Markt)		(ab märkische Station in Markt)	
Weizen	186-184 186-188	Weizenmehl	23 25 26 25 23 25 26 25
Roggen	151-155 158-155	Roggenmehl	19 10 21 4 19 25 21 50
Braugerste ..	166-175 166-175	Weizenkleie 8 80 9 20	8 80 4 20
Außer- u. In-		Roggenkleie 8 70 9 00	8 70 9 00
außrigerte ..	158-165 158-165		
Galer	114-119 114-119		

Handelsrechtliche Lieferungsverträge am 27. Dezember.
Weizen 188-188 (Vortrag 186-188), Dezember 200-200 (Vortrag 201 bis 201 Brief), März 204 1/2-204 1/2 (206-205), Mai 2 7-2 7 (207 1/2). Tendenz: ruhig. — Roggen 153-153 (153-158), Dezember 165 bis 164 1/2 (165-165 1/2), März 166 1/2-168 1/2 (166 1/2-167), Mai 169-169 (169 1/2-169 1/2). Tendenz: ruhig. — Hafer 114-119 (114 bis 119), Dezember 122 (-), März (124-124 1/2), Mai (126 1/2), Tendenz: ruhig.

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

Eger		Elbe		Moldau	
27. 12.	28. 12.	27. 12.	28. 12.	27. 12.	28. 12.
Mohr	4	4	5	86	86
Moldau, Raxau	4	4	5	81	80
Moldau, Wobran	4	4	5	81	81
Ganz, Ramm	4	4	5	84	84
Elbe, Havelberg	4	4	5	84	84
Elbe, Brandenburg	4	4	5	84	84

Wettervorhersage für den 29. Dezember
Zielweise aufziehende Wolke um Zümmel, Bewölkung vorwiegend hart, jedoch vorübergehend auffrischt. Richtung auf Wetterbildung. Temperatur nicht erheblich verändert, höchstens leichte Niederschläge.

Dresdner Kalender

Theater am 29. Dezember

Opernhaus
(18 30) Kriemhild: Der Treuehahn.
Oper romantischer Art in drei Akten von Carl Maria von Weber. — Musikalische Leitung: August Bach. Spielleitung: Hermann. — Hauptrollen: Kriemhild: Emma, Hildebrand: Hildebrand, Dietrich: Hildebrand, Golo: Hildebrand, Hagen: Hildebrand, Dietrich: Hildebrand, Golo: Hildebrand, Hagen: Hildebrand. — Ende gegen 11 1/2.

Schauspielhaus
Gedächtnisfeier für den Dresdner Theaterrunde des Bühnenvereins (den 20. Dezember).
(18 30) Einmal über die Welt.
Komödie in drei Akten von Johann Heinrich Wessely. — Hauptrollen: Einmal über die Welt: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand. — Ende gegen 11.

Lichttheater
Gedächtnisfeier für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.
(18 30) Der Wunderabend im Weinreich.
Komödie in drei Akten von Heinrich Heine. — Hauptrollen: Der Wunderabend: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand. — Ende gegen 11.

Opernhaus
(19 30) Die Kaiserin.
Oper in drei Akten von Jacques Offenbach. — Hauptrollen: Die Kaiserin: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand. — Ende gegen 11.

Opernhaus
(19 30) Die Kaiserin.
Oper in drei Akten von Jacques Offenbach. — Hauptrollen: Die Kaiserin: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand. — Ende gegen 11.

Opernhaus
(19 30) Die Kaiserin.
Oper in drei Akten von Jacques Offenbach. — Hauptrollen: Die Kaiserin: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand, Hildebrand: Hildebrand. — Ende gegen 11.

Letzte Nachrichten

Kämpfe zwischen Diktaturhängern

enb. Berlin, 28. Dez. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten entstand in der Nacht zum Mittwoch vor einem N.S.D.A.P.-Local im Vorhof der Stadt eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Drei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei durchsuchte ein kommunistisches Versteck und mehrere Häuser und nahm 60 Personen fest.

Später verhaftete Angehörige der N.S.D.A.P., ein kommunistisches Versteck, die offene Tür eines Sprengkörpers, durch den aber niemand verletzt wurde. 6 Nationalsozialisten und 6 Kommunisten wurden festgenommen.

Hilfer bläst Jugendlagung ab!

München, 28. Dezember. Wie die nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die vom 30. Dezember d. J. bis mit 4. Januar 1933 geplante Sonderlagung der Hitler-Jugend in Wolz abgelaufen und auf einen späteren Termin verschoben worden.

Die wahren Gründe für dieses Verbot der Jugendlagung sind leicht zu erraten.

Kommunistische Waffen beschlagnahmt

enb. Gumburg, 28. Dezember. Polizeibeamte beobachteten am Dienstagabend in St. Pauli, wo vier Männer eine schwere Rufe von einem Geschäftsausgang abgaben. Da ihnen das Verhalten der Männer verdächtig vorkam, ließen sie die Rufe öffnen und stellten fest, daß sie mehrere Gewehre und Karabiner, Modell 08, und reiche Wollwaren, eine Granate, eine Granatscheibe, eine Angelhandschraube, acht geladene Seitengewehre und Pistolenmunition ermittelte. In einem in der Nähe gelegenen Keller wurden zwei Armespindeln, Munition, ein Messerapparat, kommunistische Propaganda und zahlreiche Flugblätter gefunden. Die Polizei nahm die vier Männer fest. Sie erklärten, der kommunistischen Partei anzugehören bzw. mit ihr sympathisieren. Im Laufe der Nacht wurden weitere Personen verhaftet.

Massenkrankungen durch Kohlenoxydgas

Klagen, 28. Dez. Bei der am Dienstag durch den Kinderabteilung des Allgemeinen Turnvereins veranstalteten öffentlichen Weihnachtsspaßführung wurden plötzlich zahlreiche Mitwirkende beim Rückturnen ohnmächtig. Es entstand eine große Aufregung, zumal viele Kinder unter hartem Winterdruck litten. Die sofort herbeigerufenen Ärzte stellten eine Kohlenoxydgasvergiftung fest. 40 Kinder mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Ursache des Unfalls soll eine ungenügende Behandlung der Heizung gewesen sein.

Zufarester Grandhotel niedergebrannt

Tote und Verletzte

Bukarest, 28. Dez. (Fig. Funk.) Am Dienstag abend brach in dem 500 Zimmer umfassenden Hotel Britannia auf dem Hauptkürstlichen Boulevard Britannis ein Feuer aus. Das Gebäude wurde zum großen Teil vernichtet. Der Sachschaden beliefert sich auf mehrere Millionen Mark. Tücher einer ganzen Reihe von Verletzten sind auch Tote bei der Katastrophe zu verzeichnen. Viele Hotelgäste, die sich nicht rechtzeitig retten konnten, löchten aus den Oberkellern um Hilfe und sprangen schließlich aus dem Gebäude auf die Straße, wo sie schwer verletzt liegen blieben.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 28. Dezember 1932 hat sich in der verflochtenen Woche die gesamte Kapitalanlage der Welt in Wechseln und Aktien, Lombarden und Effekten um 10,8 Milliarden Mark auf 805,4 Milliarden Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankpapieren zuzugewinnen sind 30,5 Milliarden Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an Gold und bedeckungsfähigen Devisen haben sich um 1,8 Milliarden Mark auf 917,8 Milliarden Mark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und bedeckungsfähige Devisen betrug am 28. Dezember 27,2 Prozent gegen 26,9 Prozent am Ende der Vorwoche.

SA.-Terror - Nazi-Partei schweigt

Das Muffschmann-Blatt unterschlägt

Das Dresdner Naziblatt, der Freiheitskampf, bringt zwar die Meldung, daß die Leiche des ermordeten SA-Mannes Gentsch aufgefunden sei, aber es beschränkt sich darauf, die offizielle Mitteilung des Kriminalamtes zu bringen, so daß der Leser glauben kann, es könne sich z. B. um einen sogenannten Not-Word-Fall handeln. Aber das Blatt verschweigt seinen Lesern, daß hier SA-Leute in dem sehr dringenden Verdacht stehen, die Mörder des Gentsch zu sein. Kein Wort darüber, daß die Polizei bereits sehr eingehende Untersuchungen mit dem Schenk gehabt hat und daß dieser Schenk und einige andere Nazileute spurlos

zu wünschen, daß die inzwischen erfolgte Amnestie mit zu der erhofften Lösung beitragen möchte."

Der Hinweis auf die Amnestie in diesem Briefe zeigt, daß offenbar auch Gerold zumindest damit rechnete, daß im Falle Gentsch eine strafbare Handlung vorliegt, wenn er nicht gar überhaupt gewußt hat, was hier gespielt wird. Jedenfalls wäre es dringend notwendig, daß dieser Gerold von zuständiger Stelle einmal recht gründlich darüber vernommen würde, was er sich denn bei seiner Berufung auf die Amnestie gedacht hat.

Das ahnungslose München

Bestern drucken wir einen Brief von Sillers Stabschef an die Mutter des Ermordeten, Frau Bachmann, ab, in dem einfach behauptet wurde, daß man in München von der ganzen Angelegenheit nichts gewußt, und daß man nun ihr Schreiben der Dresdner SA-Stelle zugeleitet habe. Hat man wirklich in München von der ganzen Angelegenheit nichts gewußt? Am 15. Dezember, dem Tage, an dem der Brief geschrieben wurde, hatte bereits die Debatte im Sächsischen Landtag über den Fall stattgefunden, und es ist doch nicht glaubhaft, daß man in Sillers Hauptquartier keine sächsischen Zeitungen liest, in denen so mancherlei über das merkwürdige Verschwinden des Gentsch, des im hohen Grade verdächtigen Schenk und der anderen SA-Leute zu finden war. Jedenfalls hat man in München sehr gut Bescheid gewußt, aber man hat ein begreifliches Interesse daran, die Angelegenheit zu vertuschen, und deswegen stellt man sich so, als ob man von nichts wüßte.

Die Absage der Mutter

Kein Hakenkreuz bei der Beerdigung

Die Mutter des ermordeten Gentsch hat der Zeitung der Nazi-Partei mitgeteilt, daß sie bei der Beerdigung ihres Sohnes weder ein Mitglied der Partei oder der SA, noch irgendeine Kreuzspende von dieser Seite zu sehen wünsche.

Das fehlte auch gerade noch, daß bei der Beerdigung des schändlich Ermordeten die SA, feierlich aufmarschierte, um ihm ein Ehrengelicht zu geben. Daß die rauen Gesellen von der SA, etwas Derartiges fertigbrächten, daran zweifeln wie keinen Augenblick. Wahrscheinlich würde sich auch irgendein SA-Blasie finden, der die Gelegenheit benutzte, um der Welt zu verkünden, welche hohe Tugenden unter dem Zeichen des Hakenkreuzes gedeihen, und daß Hitler und seine Mannen die großen Erneuerer seien, denen das deutsche Volk seine sittliche Wiedergeburt zu verdanken haben werde.

Noch eine Verhaftung

Weder den Fall Gentsch darf nicht gesprochen werden!

Nach den und zugegangenen Mitteilungen kommt als Haupttäter bei der Ermordung des Gentsch der unrühmlich bekannte SA-Führer Schenk in Frage. Nachdem sie allzu lange gesäumt hat, scheint die Polizei endlich durchzugreifen. Zunächst wurde Willi Vormann aus Tharandt wegen des Verdachts der Beihilfe zum

Mord — wie wir gestern bereits meldeten — von Beamten der Preitiner Kriminalpolizei verhaftet. Schenks Schwager Beyer, Cohnmannsdorf, wurde ebenfalls festgenommen und in das Amtsgericht Tharandt eingeliefert. Die Frau Schenks, eine Schwester des Beyer, ist flüchtig.

In der Bevölkerung herrscht wegen der abscheulichen Missetat ungeheure Erregung. Alle warten darauf, daß es der Polizei endlich gelingt, diesen Mord restlos aufzuklären.

Bei den Nazis war und ist es System, eine Missetat totzuschweigen. Als zum Beispiel in einer Mitgliederversammlung der



Die Fundstelle

NSDAP, in Spechtshausen, wie uns ein Gewährmann mitteilt, über den Fall Gentsch gesprochen wurde, erklärte der Versammlungsleiter: „Der Fall Gentsch hat sich für uns erledigt, in der Öffentlichkeit darf nicht mehr darüber gesprochen werden.“

Werkpolizei

Die Herren Unternehmer in Deutschland haben in allem von ihren amerikanischen Kollegen gelernt. Sie haben ihnen nicht nur das Taylorsystem und das fließende Band nachgemacht, sondern auch die Pinkertons, die gegen die Arbeiter besoldeten Mätrosenjungens des Scharfmachertums. Jeder deutsche Unternehmer, der etwas auf sich hält, hat seine Werkpolizei. An der Spitze stehen ausnahmslos ehemalige Offiziere, die natürlich stramm national sind. Welchen Taktzweck hat diese Werkpolizei? Sie ist eine Schutztruppe des Kapitals gegen die Arbeiter.

Es häufen sich die Skandale dieser Scharfmachereinrichtungen. Zwei Fälle der letzten Zeit haben großes Aufsehen erregt: der Fall des Bahnschusses in Braun-schweig, der selber Eisenbahnanschläge unternahm, um seinen Taktzweck zu beweisen, und der Fall des Werk-polizisten Eide bei F. G. Farben, der Sprengstoff im großen Stahl, um daraus Bomben für die NSDAP her-zustellen. Zu ihnen gesellt sich nun würdig der Leiter der Werkpolizei aus dem Hauptwerk der Nordwolle in Delmenhorst. Daß die Nordwolle der Verräter Rabusen ihre Werkpolizei haben mußte, war ganz selbstverständlich, denn die Rabusen waren Scharfmacher vom reinsten Wasser. Der Chef der Werkpolizei in Delmenhorst war ein Ober-leutnant a. D. Ackermann. Dieser Mann ist der Führer des Delmenhorster Stahlhelms. Er hat dafür Sorge getragen, daß die Nordwolle dem Stahlhelm unter die Arme griff, vor dem Konkurs wie nach dem Konkurs. Dieser Mann wandelte so sehr in den Spuren seines Chefs Rabusen, daß ihn nun-mehr ebenfalls kein Schicksal erreicht hat. Er wurde vom Konkursverwalter hinausgeworfen, weil er Verkeimung systematisch gestohlen, Werkbenzin verschoben und das Werk geschädigt hatte.

So tritt ein Fall zum andern! In dieser Werkpolizei hat der Kapitalismus sich offenbar einen stinkenden Sumpf gezüchtet!

Die SPD. ist der Hauptfeind



Karl: „Armes Proletariat, nicht ich bestimme meinen Weg, sondern Stalin bestimmt!“



Herbert Gentsch
der von Nationalsozialisten
ermordete Dresdener
SA-Truppenführer

verschwinden sind. Das Naziorgan hat sich damit eine Unterschlagung und Täuschung seiner Leser zuschulden kommen lassen, wie sie früher nicht gedacht werden können. Aber es ist ja nicht nur bei dem Muffschmann-Blatt, sondern auch bei den anderen Naziblättern so. Frau Bachmann, daß man einfach alles unterschlägt, was für die Hitlerer nicht angenehm ist.

Ein merkwürdiger Brief

Die Hoffnung auf Amnestie?

Uns wird jetzt ein Brief bekannt, den ein gewisser Gerold, Führer der Standarte 100, der Gentsch angehörte, an die Mutter des Ermordeten gerichtet hat. In diesem Brief beruft sich Gerold darauf, daß ihm Gentsch dienstlich nicht unterstand, weil er in einer Sonderabteilung Dienst tat und deshalb für die Standarte kein Anlag vorlag, sich dieser Angelegenheit besonders anzunehmen. Dann wird aber in dem Brief gesagt:

„Sie wissen wohl nun selbst mit am besten, welche rätsel-hafte und schmerzliche Gestaltung die Angelegenheit bis jetzt darbietet und welche Maßnahmen zur Klärung dieses Falles bereits getroffen worden sind. Sie dürfen überzeugt sein, daß alle Dienststellen der Partei wie auch der SA, so auf das wärmste begrüßen würden, wenn diese Angelegenheit eine für alle Teile, vor allem aber im Interesse Ihrer Familie, beschleunigende Lösung fände. Sollte eine durch den Parteibereich hervor-gerufene strafbare Handlung vorliegen, so wäre

Durcheinander bei Thälmanns

Schleicher und Heinz Neumann - Der Sowjetbotschafter darf „praffen und schweigen“

Keinen größeren Kummer gibt's für die SPD., als daß die Sozialdemokratie in entschiedener Opposition gegen das Kabinett Schleicher steht. Kein Tag vergeht, an dem die Arbeiterstimme nicht zu beweisen sucht, daß der NSDAP, angeblich mit Schleicher teufelwechelt. Kürzlich zitierte sie eine Äußerung, die von Leipziger in der republikanisch-sozialisti-schen Wochenzeitung Alarm erschien. Leipziger forderte dort von der Regierung Schleicher entschiedene Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und sagt dann:

„So sie entschlossen zu sein scheint, aus den schweren poli-tischen und psychologischen Problemen der letzten Monate zu lernen und nicht, wie die Regierung Papen, mit hochmütigen Ver-urteilen über unser tapfer um seine Existenz ringendes Volk um sich wirft, da sie anscheinend ein Gefühl dafür hat, daß der Kampf, den gerade die deutsche Arbeiterklasse in den letzten Jahren gegen die tägliche Not geführt hat, die tiefste Ver-wunderung verdient, so werden die deutschen Gewerkschaften zunächst abwarten, ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.“

Die Lügenstimme macht daraus wieder einmal eine Tolerierung des Schleicher-Kabinetts durch die SPD. Den Arbeitern ist hinlänglich bekannt, daß die Gewerkschaften dazu da sind, um mit der Regierung über Löhne, Tarife, Arbeits-beschaffung und andere Arbeitsfragen zu verhandeln, während die Sozialdemokratie im Parlament den Kampf gegen die Unzulänglichkeiten Regierender zu führen hat. Die SPD. tut momentan, als habe sie das nie begriffen.

Aber wenn die kommunistische Presse schon jede Unter-haltung mit Schleicher für eine Todssünde ansieht, so sollte sie endlich einmal höher hängen, daß der Kommunistenführer Heinz Neumann mit Schleicher „teufelwechelt“ hat. Wir haben darauf schon in unserer Erwerbslosenbrille am 22. Dezember verwiesen. Die Arbeiterstimme schwieg sich dazu hartnäckig aus; sie gibt also zu, daß die Unterredung zwischen dem Schwager Stalins und Schleicher stattgefunden hat. Heraus mit der Sprache: Was haben die zwei miteinander geredet? General Schleicher hat sich zum Kommunisten Neumann sehr anerkennend über den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Targler geäußert. Wie kommt er dazu? Und der Schwie-gersohn Stalins, ein Prominenter der SPD., ist vom „Haupt-ling der deutschen Reaktion“ — um im Stile der Thälmann-Presse zu reden — als ein „sehr brauchbarer Mann“ bezeichnet worden. Uns scheint, daß die SPD. hinter den Kulissen zu den Schleicher-Brüdern ein wohlwollenderes Ver-

hältnis pflegt, als sie es vor den Skuffen zugibt. Wollten wir mit diesen Tatsachen so umspringen wie die Thälmann-Presse mit den Wehrungen Leipziger, so könnten wir sagen: Die SPD. beabsichtigt, das Kabinett Schleicher zu tolerieren. So ungefähr macht es die Arbeiterstimme mit den Führern der Eisernen Front täglich.

Ueber dies Theater lachen die Leser des Blattes schon; denn sie wissen, wie realpolitisch die Lügenstimme denken kann, wenn sich's um die eigenen Leute handelt. Vor einigen Tagen regte sich das Blatt darüber auf, daß Erzstinski, wie andere ehemalige Minister, die ihm geleglich zustehende Pension bezieht, aber es hat tiefes Verständnis für alle „bürgerlichen Ansprüche“ und Gesplogkeiten seiner Bonzen. Da können Luxusweibchen kommunistischer Führer sich als „mondäne Frauen Europas“ bei jeder öffentlichen Gelegenheit fotografieren lassen — noch nie hat man ein Wort dagegen in der Thälmann-Presse gefunden. Kürzlich haben wir im Bilde gezeigt, wie wohl sich der Sowjetbotschafter samt Gemahlin zwischen „praffen-nden Bourgeois“ fühlte. Die Arbeiterstimme hat sich ge-wunden und gebogen, um über das Beinliche dieser Bilder (die sie selbst gebracht hatte) hinwegzutäuschen. In der Freitagnummer kam die Lügenstimme noch einmal darauf zu sprechen und ließ sich folgendes schöne Geständnis er-schließen:

Die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Ländern können, solange es noch solche kapitalistische Länder gibt, nicht an den „Repräsentations-formen“ der Bourgeois scheitern. Das Entscheidende ist aber doch, daß die Sowjetunion dadurch nicht im mindesten an ihrem Ansehen als proletarischer Staat einbüßt.

Aber es gibt auch andere Leute mit „Repräsen-tationsverpflichtungen“, und die wurden von der Thälmann-Presse mit Dred beschmissen, wenn sie dasselbe taten wie die Sowjetbonzerie. Im übrigen ist kein russischer Bot-schafter verpflichtet, an Wohlthatenrummel teilzunehmen, und die Sowjetunion büßt durchaus an Ansehen „als prole-tarischer Staat“ ein, wenn ihre Vertreter dasselbe tun, was die Thälmann-Presse den anderen als „Bresserei, Sauferei, Prasserei und Schlem-merei“ ankreidet! Bei Kommunisten ist die Beteili-gung an solchen Dingen sogar erheblich wider-spruchsvoller als bei Nichtkommunisten.

Kurz und gut, es geht bei Thälmanns sehr durcheinander!

Die Mausefalle

Roman von Erna Weissenborn-Dancker



„Out, Frau Weit. Eine wunderschöne Farbe.“ Die Frau rollte den Streifen auf und ließ ihn durch die Hände gleiten. „Was meinen Sie, was der wert ist? Die Worte hier unten allein? Mit der Hand eingestickt, Goldfäden und Seide.“

„War das ein Kleid geworden, Frau Weit?“ „Ja, nicht? — Mein Mann redete auch zu, ich soll's liegen lassen, stehen tät mir die Farbe ja doch nicht. Heute weiß ich, wo der Faden lag. Er hat an die hundert Mark gedacht, die sich für ihn vielleicht 'rausgeschlagen ließen.“

„Auch gut. Tu' ich's selbst, du undankbares Mädchen.“ „Biel Glück dazu“, sagte Dela Röper und ging mit merkwürdigen Augen aus dem Zimmer. In der Nacht sah sie die Kapsel im Traum. Sie sah sie in hundert Händen, wie man sie prüfend ans Licht hielt, in die Sonne hinein, daß der blonde Kopf wurde wie Gold und der braune wie ein züngelndes Feuer.

Der Tag wurde ein Sonntag. Sorgsam, vorzüglich, Schritt und Sprung und Redung. Nur kein Laubtascheln, kein dürrer Ast! — Am Abend hatte sie ihn gestellt. Es war keine Lieberumpelung geworden, der Rote hatte das Raub sehr wohl rascheln gehört; es war ihm nur nicht eingefallen, den Kopf danach zu drehen. „Keine Schwester gefällt dir also?“

„Was findest du denn eigentlich Schönes an ihr?“ „Das kann man nicht so ausdrücken. Im Grunde ist alles hübsch an ihr. Wenn das Bild nicht liegt, dann —“ „Was dann?“ — dann hab' ich noch nie was Hübscheres gesehen.“

„Geben Sie das Paket mal her. Also 'n neues Kleid bekommt unsere Dela. Darf man mal 'reingucken? Ei, sieh' da. Donnerwetter, das kenn' ich doch.“ „Ja, das kennst du wohl.“ Jeannette Weit kam aus der Schlafstube, frischgebadet und mit einer reinen Schärze über dem grauen Kleid.

„Ich habe Sie mir eigentlich etwas größer vorgestellt.“ „Wirklich?“ meinte Eve. Sie lächelte ein wenig, tat einen Schritt vor und streckte der Frau die Hand hin. „Guten Tag, Frau Weit.“

„Guten Tag, Fräulein Röper.“ Jeannette Weit fastete die weiße Mädchenhand und ließ sie wieder los. „Sie haben wenig Ähnlichkeit mit Ihrer Schwester. Ich möchte sagen, nichts.“ „Das behaupten alle Leute.“ Die Frau fuhr sich übers Gesicht. „Es ist merkwürdig, daß Kinder derselben Eltern so verschieden sein können. Sehen Sie sich Fräulein Röper.“

„Der Jung' war mal meiner“, sagte die Frau. „Sie haben wohl Kinder gern, Fräulein Röper?“ Der Dezember ist der Monat der Schlachtfeste. Das wissen auch die Landstrolchenspieler, die in den Wochen um Weihnachten ihre Straße pilgern. Ja, es ist draußen schon rechtlich ungemütlich, und man muß irgendeinen warmen Schuppen zu erwischen versuchen, wenn man in den Dezemberabend nicht erfrieren will.

„So säumet denn, ihr Freunde, nicht. Die Würste zu verpeisen! Es reizt sich trefflich Wein und Schwein Und daß sich köstlich Würst und Durst. Bei Würsten gilt's zu büßten!“ Zum Schlachtfest, zu Würfeln und Kegelstube gehört untrennbar auch das Sauerkraut. Seit Jahrhunderten ist es heimisch in Deutschland, und seit Jahrhunderten glaubt man auf dem Lande, daß es besondere Heilmittel in sich birgt.

Die fröhlichen Teilnehmer eines ländlichen Schlachtfestes wissen wenig oder nichts von der trefflichen Feigabe der hausgemachten Würste zu erzählen. Sie begnügen sich damit, die Erzeugnisse des Schlachtfestes mit bestem Appetit zu verpeisen. Aber in allen Handbüchern und Schweineledernen, vergrillten Wädhern taucht so manches Mal mitten in einer Schilderung, etwa einer Beschreibung mittelalterlicher Klosterbräue, das Sauerkraut als beliebtes und geschätztes Nahrungsmittel auf. Und da vergißt der Erzähler nicht, es als Heilmittel und gesundheitsbringende Speise zu preisen.

Die mittelalterlichen Kloster, die Träger der antiken Kultur, übernahmen das Gericht mit vielen anderen Gemüsen und Gewürzen, Früchten und Salaten und auch die Anschauungen, die sich mit ihm unlosbar verknüpften. Fastnacht, Neujahr, der Martinstag — sie alle waren unentbehrlich ohne Sauerkraut. Es schmeckte nicht nur vorzüglich, sondern man verpeiste es auch in dem wichtigsten Gefühl, daß nach allgemeiner Anschauung Sauerkrautester Gesundheit, Glück in allen Geschäften und sogar klingende Münzen in der Tasche für ein ganzes Jahr versprach.

„In unserer unmittelbaren Gegenwart, im Zeitalter der Rationalisierung und der Technik, hat man mit vielen abergläubigen Sitten und Gebräuchen auch auf dem Lande Schluss gemacht. Vielfach zweifellos mit vollem Recht. Aber das „edle Sauerkraut“, wie es Ulmland ebenfalls im Kegelstuppenliebe besingt, macht eine Ausnahme. Es hat nicht nur den alten Glauben der Jahrtausende glänzend gerechtfertigt, sondern ist im Werte sogar noch gestiegen. Die Wissenschaft hat es gründlich untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es infolge seines stordüberhaltenden Vitamingehaltes mit Recht als heilkräftiges und gesundheitsförderndes Mittel angesprochen werden darf.“

„Ja, Gern ist noch gar nicht das richtige Wort. An Kindern ist alles so gut. Alles noch unverdorben und frisch, so wie ein Wald, dem im Mai die grünen Spitzen wachsen. An so einem Wald locht alles.“

„Gott, da hängt das Bild.“ Sie hatte die Hände auf den Tisch der Tischdecke gestützt. „Was für wunderschöne Augen der Junge hat. So groß und so blau. Noch tausendmal schöner ist das ja, als Dela es mir erzählt hat. Aber das kommt wohl — so schön, wie es ist, kann man das eben nicht erzählen.“ „Der Jung' war mal meiner“, sagte die Frau. „Sie haben wohl Kinder gern, Fräulein Röper?“

„Rein. Wie kommen Sie darauf?“ „Es ist, als ob er einen Sonnenfunken mitten in den Pupillen hätte.“ „Das habe ich noch nie bemerkt. Meines Wissens ist er nie lustig gewesen.“ „Der Funke ist aber da.“ Eve überlegte, ob sie weiterreden sollte. Die drängende Spannung gab den Ausschlag. „Vielleicht hat er's hier nicht gezeigt — vielleicht ist er anderswo lustig gewesen.“

Wiefelsuppe und Sauerkraut

Der Dezember ist der Monat der Schlachtfeste. Das wissen auch die Landstrolchenspieler, die in den Wochen um Weihnachten ihre Straße pilgern. Ja, es ist draußen schon rechtlich ungemütlich, und man muß irgendeinen warmen Schuppen zu erwischen versuchen, wenn man in den Dezemberabend nicht erfrieren will. Um so schöner aber ist es am Tage, wenn aus den Gehäusen der Duff der Wiefelsuppe lieblich in die Nase steigt, und wenn es auch nicht viel ist, ganz ohne jede Begleitung läßt man den Wanderer, der gerade zum Schlachtfest kommt, doch nicht gehen. Auch heute noch gilt auf dem Lande, auf den Höhen Ulmlands launiges Wiefelsuppenlied:

„So säumet denn, ihr Freunde, nicht. Die Würste zu verpeisen! Es reizt sich trefflich Wein und Schwein Und daß sich köstlich Würst und Durst. Bei Würsten gilt's zu büßten!“ Zum Schlachtfest, zu Würfeln und Kegelstube gehört untrennbar auch das Sauerkraut. Seit Jahrhunderten ist es heimisch in Deutschland, und seit Jahrhunderten glaubt man auf dem Lande, daß es besondere Heilmittel in sich birgt. Einem neuen Zeitabschnittes Sauerkraut esse, der bleibe gesund. Handelt es sich hier nur um einen Aberglauben, oder steckt wirklich etwas Wahres in der alten Anschauung?

Die fröhlichen Teilnehmer eines ländlichen Schlachtfestes wissen wenig oder nichts von der trefflichen Feigabe der hausgemachten Würste zu erzählen. Sie begnügen sich damit, die Erzeugnisse des Schlachtfestes mit bestem Appetit zu verpeisen. Aber in allen Handbüchern und Schweineledernen, vergrillten Wädhern taucht so manches Mal mitten in einer Schilderung, etwa einer Beschreibung mittelalterlicher Klosterbräue, das Sauerkraut als beliebtes und geschätztes Nahrungsmittel auf. Und da vergißt der Erzähler nicht, es als Heilmittel und gesundheitsbringende Speise zu preisen.

Die mittelalterlichen Kloster, die Träger der antiken Kultur, übernahmen das Gericht mit vielen anderen Gemüsen und Gewürzen, Früchten und Salaten und auch die Anschauungen, die sich mit ihm unlosbar verknüpften. Fastnacht, Neujahr, der Martinstag — sie alle waren unentbehrlich ohne Sauerkraut. Es schmeckte nicht nur vorzüglich, sondern man verpeiste es auch in dem wichtigsten Gefühl, daß nach allgemeiner Anschauung Sauerkrautester Gesundheit, Glück in allen Geschäften und sogar klingende Münzen in der Tasche für ein ganzes Jahr versprach.

„In unserer unmittelbaren Gegenwart, im Zeitalter der Rationalisierung und der Technik, hat man mit vielen abergläubigen Sitten und Gebräuchen auch auf dem Lande Schluss gemacht. Vielfach zweifellos mit vollem Recht. Aber das „edle Sauerkraut“, wie es Ulmland ebenfalls im Kegelstuppenliebe besingt, macht eine Ausnahme. Es hat nicht nur den alten Glauben der Jahrtausende glänzend gerechtfertigt, sondern ist im Werte sogar noch gestiegen. Die Wissenschaft hat es gründlich untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es infolge seines stordüberhaltenden Vitamingehaltes mit Recht als heilkräftiges und gesundheitsförderndes Mittel angesprochen werden darf.“

Der Bierka'ender

So wird's gemacht

Der Verlag Knorr u. Birtz (München) gibt einen Deutschen Bierkalender heraus. Gedenktage, wie es sich bei einem Kalender gebiert. Am 1. Juli 1855: Gründung der Pilsener-Brauerei in Pilsen. Bild dazu: die bekannte Zeichnung von Käthe Kollwitz: „Plutt und Kind“. An der Seite ein Text, der den stillenden Müttern Bier empfiehlt. Diese Empfehlung ist unterzeichnet: „Dr. Agnes Lubm: Die Stillungsnot.“

So erfreulich die Beurteilung ist, so bedauerlich ist die niedrige Strafe. Nebenbei ist der Herausgeber des Kalenders, Joseph Schuster, Hauptlehrer in München. „Spahdögel“. Als Spahdögel traten Paul Hoffmann und Walter Kottenkamp vom Schauspielhaus am zweiten Weihnachtsstage in der Kaufmannschaft auf. Der Saal ist voll — Beifall wird begehrt. Die Künstler aber nehmen die Gelegenheit wahr. Sie bringen auf die unaufrichtigste Art der Zuhörerschaft unter anderem einen Humor bei, der allerlei Spitz und das hat, was man so „Spitzer und Klauen“ nennt. Sie vermeiden keineswegs Schärfe, keineswegs Satire, Spott und Bitterkeiten. Selbst die vermeintlich so leibige Politik bleibt nicht ausgeschlossen, und sogar der volle Ernst klingt an. Und doch bleiben sie „Spahdögel“ und bringen dann auch mal Witz und leichte Ware, über die man bloß lächelt. Eine vortreffliche Mischung von Harmlosem und Sinnbedeutendem, von Gemühtigem und Schwermühtigem bildet ihr Programm. Sie tragen es vor mit einer patienten Sachlichkeit, hinter der Mut und Ernst stehen. Kottenkamp zeigt sich gespannter, hingebender; Hoffmann scheint die Sache manchmal leichter zu nehmen, aber vielleicht scheint es nur so. Jedenfalls meiben beide auch als Sprecher den Effekt, das zugespitzte Bewußtsein um Lächerlichkeit; sie bleiben vornehm, ohne freiz zu werden, sie können sich auf die Wirkung der Sache verlassen, da sie anständig Wirkames bringen. Man verläßt den Saal mit dem Gefühl, in besser Gesellschaft gewesen zu sein und eine würdige Art der feinen Unterhaltung genossen zu haben.

Ludwig Gerber ist gestorben. 76 Jahre alt, verstarb in Eisenhausen bei München der Kaiser Ludwig Gerber, einer der Hauptmeister der ersten deutschen Gesangsvereine. Gerber, dessen Bilder von einer heißen, lebensfrohen Kantoren-Anschauung zeugen und dessen befeuerte Kolorieren ein beachtliches Fortschrittswort waren, wurde im Jahr 1829 geboren. Er war ein Mann von großer Energie und einem großen Willen.

